

Paderborn auf dem Weg zum
migrationspolitischen Handlungskonzept
- eine Förderung durch das Land NRW

Projekt KOMM-IN

Herausgeber:

Stadt Paderborn - Sozialamt -
Integrationsbüro
Am Abdinghof 11
33098 Paderborn

Redaktion:

Marcus Heidebrecht (V.i.S.d.P.), Integrationsbüro
Hans Wiertert-Wehkamp, Institut für soziale Innovation, Solingen

Dokumentation des 1. Paderborner
Integrationskongresses am 15.05.2006

Projekt KOMM-IN

„Integration aktiv gestalten - Herausforderung und Chance für Paderborn“

1. Paderborner Integrationskongress am 15. Mai 2006

Prozessbegleitung durch das:



Förderung durch das:



Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Erstellt durch: Stadt Paderborn, Integrationsbüro
integrationsbuero@paderborn.de
in Zusammenarbeit mit dem
Institut für soziale Innovation, Solingen
Hans Wiertert-Wehkamp
Wiertert-Wehkamp@web.de

Fotos: Stadt Paderborn, Integrationsbüro

Auflage: 500 Stück - Juli 2006

INHALT

1	BEGRÜßUNG: HEINZ PAUS	3
2	ERÖFFNUNG: ARMIN LASCHET	7
3	GRÜßWORT: ENGIN SAKAL	11
4	INTEGRATION AKTIV GESTALTEN – IMPULSREFERATE	13
	4.1 Sprachförderung und Verbundmodelle	13
	4.2 Migranten und Medien	16
	4.3 PatInnennetzwerke	18
	4.4 Zuwanderer in der Stadt	21
	4.5 Lernen in heterogenen Klassen	24
5	PODIUMSDISKUSSION	28
6	ANHANG	31
	6.1 Fotos	31
	6.2 Presseartikel	35

1 Begrüßung: Heinz Paus

Bürgermeister der Stadt Paderborn

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Minister Laschet,
sehr geehrte Frau Westerhorstmann,
sehr geehrte Frau Beer,
sehr geehrter Herr Sakal,
sehr geehrter Herr Hackfort (stellvertretend für die Vertreter des Rates),
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Toll das Echo – 162 Anmeldungen.

Am vergangenen Freitag hat sich hier im Paderborner Rathaus der Verein „132 – Mit-einander in Paderborn“ gegründet. Die Zahl 132 steht für die Zahl der Staaten, aus denen zurzeit Menschen in Paderborn leben. Der Verein, in dem sich Mitglieder ausländischer Vereinigungen, deutsch-ausländische Partnerschaftsvereine, Vertreter von Wohlfahrtsverbänden zusammengefunden haben, hat sich ein konkretes Thema gestellt:

Vor Jahren ist im Süden der Paderborner Kernstadt der „Bürgerpark“ entstanden. Er sollte für diesen Stadtteil ein Ort der Begegnung, der Erholung werden. Das ist bis heute nicht gelungen. Es gibt mutwillige Zerstörungen. Der Park ist Treff von Drogenabhängigen.

Das wollen die Mitglieder des Vereins, von denen viele im Umfeld des Parks leben, nicht länger akzeptieren. Sie wollen die Patenschaft für den Park übernehmen und ihn gemeinsam mit der Stadt pflegen und weiterentwickeln. Sie wollen ein Programm für die Bürger des Stadtteils, aber auch der ganzen Stadt, organisieren, über die Kulturen ihrer Heimatländer informieren, Musikalisches, Literarisches, Kulinarisches präsentieren.

Am gleichen Tag war in unserer Heimatzeitung zu lesen, dass sechs Fußballer unseres ältesten Gymnasiums, des Theodorianums, das sich in der Tradition der Domschule Karls des Großen sieht, ein Fußballturnier gewonnen haben. Zwei der sechs Schüler sind ausweislich ihres Namens türkischer Herkunft.

Aktuelle Schlaglichter, die deutlich machen, dass wir in unserer Stadt Paderborn schon eine Menge erreicht haben. Ich hätte stattdessen auch nennen können das jährlich stattfindende Fest der Begegnung im Neuhäuser Schlosspark, bei dem viele der in der Stadt lebenden Bürger über ihre Kultur informieren, Tänze, Musik und vor allem die Produkte der Küchen ihrer Heimatländer vorführen.

Das Gleiche gilt für das Internationale Spielfest in den Paderauen, das vor vielen Jahren von den Eheleuten Temme ins Leben gerufen wurde. Feste die jedes Jahr weit über 10.000 Menschen anziehen.

Ich könnte hier vor den Fahnen unserer Partnerstädte über die seit Jahrzehnten aktiven deutsch-ausländischen Partnerschaftsvereine sprechen, die ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass die europäische Integration uns als etwas Selbstverständliches gilt.

Wenn ich aber in der Aufzählung dieser guten Beispiele fortfahren würde, dann wür-

den Sie mich sicherlich zu Recht fragen, weshalb die Stadt Paderborn im letzten Jahr dem KOMM-IN-Projekt beigetreten ist. Weshalb wir einen besonderen Schwerpunkt der Kommunalpolitik in Paderborn darin sehen, in der Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten weitere Fortschritte zu machen.

Ja, wir sind in Paderborn in den letzten Jahren in der Integration ein erhebliches Stück vorangekommen. Aber es bleibt viel zu tun. Das ergibt sich schon allein aufgrund der nüchternen Zahlen:

Paderborn war Mitte der 70er Jahre Deutschlands jüngste Großstadt, erlebte durch Heinz Nixdorf, durch die Erfolge weiterer Unternehmen wie Benteler, durch die Gründung der Universität einen enormen Zuzug. Man kann sagen, dass jeder Zweite, der heute in Paderborn lebt, seine Wurzeln außerhalb Paderborns hat, dass jeder vierte Paderborner seine Wurzeln im Ausland hat.

Ich war viele Jahre als innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag für Fragen der Ausländerpolitik verantwortlich; hatte mich also sehr intensiv mit Fragen der Zuwanderung, des Asyls, des Ausländerrechtes, aber auch ganz konkret mit den statistischen Zahlen auseinandersetzen. Mir war schon Anfang der 90er Jahre sehr klar, dass die Parole, die viel zu lange von Verantwortlichen meiner Partei vertreten wurde: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ mit der Realität immer mehr in Zwiespalt geriet.

Mir war aber auch klar, dass das rein idealistische Reden von Multikultur, das Leugnen tatsächlicher Probleme dieser intensiven Zuwanderung, was im anderen politischen Lager vorherrschte, ebenso wenig der Realität entsprach.

Meine ganz konkrete Arbeit als Paderborner Bürgermeister seit 1999 hat mich dann noch hautnäher mit den Herausforderungen konfrontiert, die die starke Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten für unsere Gesellschaft bedeutet. Dabei ist mir deutlich geworden, dass es für Migrantinnen und Migranten in einer Stadt wie Paderborn, die noch relativ stark christlich geprägt ist, in der überkommene Traditionen gelebt werden, eher einfacher ist, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Dafür erlebe ich fast tagtäglich Beispiele in meiner Arbeit als Bürgermeister. Das gilt für Besuche in Schulen, in Firmen, bei Vereinen, bei Stadtteilstesten, in Kirchengemeinden. Ich erlebe, dass Migranten, die erfolgreich ihren Platz in der Gesellschaft gefunden haben, sich konkret für die engagieren, die diesen Weg noch vor sich haben. Ich will nur den Verein Regenbogen e. V. ansprechen, einen islamisch geprägten Verein, der Kindern Sprachförderung, Nachhilfe, Computerkurse etc. anbietet. Ich kann nennen den Verein Monolith e. V., in dem russlanddeutsche Aussiedler Kultur-, Sport- und Weiterbildungsprojekte anbieten.

In meiner konkreten Arbeit vor Ort erlebe ich auch tagtäglich, dass Integration keine Einbahnstraße ist. Selbstverständlich: Diejenigen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind, haben einen entschieden weiteren Weg zurückzulegen, ihn in vielen Fällen schon zurückgelegt. Aber auch die Einheimischen haben in den vergangenen Jahrzehnten – auch in Paderborn – eine Menge gelernt, Ansichten, Meinungen geändert, Zuwanderung auch als Chance begriffen.

Aber es gibt eben auch tagtäglich Beispiele dafür, wo Integration bislang nicht gelingt. Diese Beispiele stehen dann auch eher in den lokalen Schlagzeilen: Jugendliche mit Migrationshintergrund – in Paderborn gerade auch junge russland-

deutsche Aussiedler – sind in der Kriminalstatistik deutlich überrepräsentiert.

Viel zu viele junge Migranten – das gilt nicht für alle Nationalitäten -, junge Aussiedler scheitern in unseren Schulen, sind an Gymnasien, Gesamtschulen und Realschulen deutlich unterrepräsentiert, in den Hauptschulen und Förderschulen deutlich überrepräsentiert. Zu viele von ihnen erreichen keinen Schulabschluss, haben damit dann automatisch Probleme bei Ausbildungsplätzen, mit Auswirkungen auf die Statistiken unseres Sozialamtes, der neu gegründeten ARGE.

Strukturbedingt fragen bei uns vor allem Familien mit Migrationshintergrund nach günstigen Baugrundstücken nach. Das führt in den Diskussionen der zuständigen Ratsgremien dann immer wieder zu der Frage, ob und wie es gelingen kann, in den Neubaugebieten der Stadt eine so genannte „Gettobildung“ zu verhindern.

Neue Stadtteile wie Kaukenberg und Goldgrund mit jeweils hohen Migrantenanteilen bedingen seitens der Stadt erhebliche Anstrengungen in der Stadtteilarbeit, in der Jugendarbeit.

Sande, unser attraktiver Stadtteil mit vielen Wasserflächen, hat in den letzten fünf Jahren einen starken Strukturwandel erlebt. Große zusätzliche Baugebiete wurden schnell erschlossen und bebaut.

Solche und ähnliche Erfahrungen haben uns deutlich gemacht, dass bei allen Fortschritten eine Reihe von Problemen auf dem Feld der Integration zu lösen ist. Der Stadtentwicklungsbericht 2010, der vom Rat 2001 beschlossen worden ist, hat hier einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt. Zurzeit liegt der Entwurf des Stadtentwicklungsberichts 2015 vor. Mit ihm nehmen wir die nächsten 10 Jahre in den Blick. Auch hier ist ein zentrales Thema die Integration.

Deshalb war es für uns nahe liegend, den Anstoß des Landes aufzunehmen, auch in Paderborn ein KOMM-IN-Projekt zu starten. Einer der Gründe für uns war auch, dass das zum 01.01.2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz neue Perspektiven und Handlungsansätze bietet.

Wir in Paderborn können auch bis 2020 noch mit kontinuierlichem Bevölkerungswachstum rechnen, haben eine vergleichbar sehr junge Stadt, in der wir nach wie vor Geburtenüberschuss und Wanderungsgewinne erleben. Deshalb setzen wir auch mit dem Projekt KOMM-IN auf Gestaltung der Zukunft. Wollen wir die Chancen, die mit Bevölkerungswachstum, mit Jugend, mit Zuwanderung verbunden sind, für die Entwicklung unserer Stadt nutzen.

Wir wollen erreichen, dass alle, die mit uns zusammenleben, die hier aufwachsen, ihre Chancen in der Gesellschaft zum persönlichen Wohl, aber auch zum Wohl der gesamten städtischen Gemeinschaft, nutzen.

Wir wollen nicht zulassen, dass junge Menschen in unseren Kindergärten, Schulen nur deshalb zurückbleiben, weil sie sprachlich benachteiligt sind, weil ihre Elternhäuser keine ausreichende Bildungsorientierung haben.

Ich freue mich, dass unser Projekt KOMM-IN, das wir Mitte letzten Jahres gestartet haben, ein so großes und breites Echo gefunden hat. Es ist gelungen alle, die sich in Paderborn mit dem Thema Integration intensiv auseinandersetzen, an einen Tisch zu bringen, sie zu vernetzen, sie in einen Dialog darüber zu bringen, wie wir unsere Kräfte bündeln, unsere Instrumente optimieren können.

Wir konnten auch die Vereine und Verbände der Migranten, die deutsch- ausländischen Partnerschaftsvereine, mit an den Tisch bringen, den Erfahrungsaustausch zwischen ihnen fördern. In den zurückliegenden Monaten hat es Bestandsauf-

nahmen in den unterschiedlichsten Bereichen gegeben, gibt es bereits konkrete Handlungsansätze, neue Ziele anzustreben, gibt es zahlreiche Initiativen, wie z. B. die Gründung des Vereins 132, werden aus Worten Taten.

Ich bedanke mich bei allen, die bislang so aktiv und engagiert mitgearbeitet haben. Ein besonderer Dank gilt dem Migrationsbeirat unter dem Vorsitz von Engin Sakal, der seit seiner Gründung immer wieder wichtige Anstöße gegeben hat und das Miteinander in der Stadt gefördert hat, der Mitorganisator dieser Tagung ist.

Ich danke allen Vertretern der Migrantenselbstorganisationen, die sich im Rahmen von KOMM-IN u. a. einer Fortbildung unterzogen haben, um ihre Arbeit noch stärker zu optimieren.

Sehr geehrter Herr Minister Laschet,

Sie haben seit ihrem Amtsantritt als auch für die Kindergärten zuständiger Minister den Focus sehr stark auf das Thema Sprachförderung gesetzt. Das ist ein Thema, dem wir uns in Paderborn bei KOMM-IN, aber auch mit dem Modellprojekt Kind + Ko, das wir gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung und der Heinz-Nixdorf-Stiftung vorantreiben, intensiv gewidmet haben. Wir halten es für den Schlüssel, in der Integration erfolgreich zu sein.

Ich bedanke mich beim Rat, bei den einzelnen Ämtern, bei den Mitarbeitern in der Verwaltung, dass Sie sich so engagiert in das KOMM-IN-Projekt einbringen.

Das gilt besonders auch für Herrn Dezernenten Walter, der die wesentlichen Ämter koordiniert, die das Thema Integration verantworten: Schulamt, Jugendamt, Sozialamt und Volkshochschule.

Unsere Volkshochschule, der ich auch von dieser Stelle aus noch zu ihrem 60. Jubiläum ganz herzlich gratuliere, sieht schon seit Jahren einen Schwerpunkt ihrer Arbeit bei Angeboten für Migrantinnen und Migranten, hat diesen Ansatz in den letzten Monaten noch intensiviert, ist Mitveranstalter.

Ich bedanke mich auch namentlich bei unserem Integrationsbeauftragten, bei Herrn Heidebrecht, dafür, dass er unser KOMM-IN-Projekt so engagiert zum persönlichen Thema gemacht hat.

Wir haben uns sehr intensiv konzentriert auf die Felder:

Sprachförderung, kultureller Austausch, Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement, Wohnen und schulische und berufliche Bildung. Die Themen, die auch heute beim Kongress im Mittelpunkt stehen.

Ich bedanke mich bei unseren Referenten, die die Impulsreferate dazu halten werden.

Also bei Herrn Peter Kalley vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei Juri Rescheto vom WDR, bei Cemalettin Özer von Mozaik, bei Frau Gudrun Kirchhoff von der Schader-Stiftung und bei Frau Jagoda Köditz vom Landesinstitut für Schule. Herzlich willkommen. Es wird Gelegenheit bestehen, das Gehörte in der abschließenden Diskussion zu vertiefen.

Herr Wiertert-Wehkamp vom Institut für soziale Innovation wird uns auch dabei begleiten, wie er das Projekt insgesamt mitsteuert.

Die heutige Tagung soll keine Einzelveranstaltung sein. Wir möchten künftig mindestens einmal jährlich Integration zum Thema einer großen Tagung in Paderborn machen, dabei aber jeweils stärker dann Einzelfelder in den Blick nehmen.

Wenn ich auf die zahlreichen Veranstaltungen blicke, die seit dem offiziellen Start des

Projektes bereits stattgefunden haben, wenn ich sehe, dass wir den Wegweiser für Migrantinnen und Migranten vorliegen haben, dass wir bei paderborn.de jetzt auch ein Integrationsportal haben, dass wir einen Newsletter-Service haben, dass die Arbeit in den einzelnen Handlungsfeldern aufgenommen worden ist, die jeweils durch ein Tandem aus Stadtverwaltung und freien Trägern moderiert wird, dann bin ich zuversichtlich, dass unser Projekt erfolgreich sein wird.

Wichtig dabei wird auch sein, dass wir den Blick über unsere Stadtgrenzen hinaus richten.

Ich begrüße deshalb zum Abschluss auch alle, die aus Städten und Gemeinden Ostwestfalens und darüber hinaus zu uns nach Paderborn gekommen sind. Wir werden auch weiterhin den Austausch mit Ihnen, mit der Bezirksregierung suchen. Schön, dass Sie, Herr List, uns intensiv unterstützen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen, Herr Minister Laschet, nochmals ganz herzlich dafür danken, dass wir dieses Projekt mit intensiver Unterstützung der Landesregierung angehen konnten, ich danke Ihnen persönlich besonders dafür, dass Sie an diesem Montag nach Paderborn gekommen sind, obwohl heute bei Ihnen in Aachen die Aufstiegsfeier der Alemannia in die 1. Bundesliga ansteht. Wir haben großes Verständnis dafür, dass Sie als für Aachen zuständiger Politiker nicht die gesamte Tagung über bei uns bleiben können.

Vom Mitbewerber Paderborn aus herzliche Glückwünsche nach Aachen.

Sehr geehrter Herr Minister, wird sind gespannt auf Ihre Anstöße für unsere Diskussion.

2 Eröffnung: Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Paus,
sehr geehrter Herr Sakal,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn es um Zuwanderung und Integration geht, denkt man in Nordrhein-Westfalen vermutlich an das Ruhrgebiet, an Duisburg-Marxloh zum Beispiel. An Paderborn - davon bin ich überzeugt - denkt erst mal niemand. Daher mag die Tatsache, dass es nun eine erste Integrationskonferenz in Paderborn gibt, erst mal verwirren. „Leben in dieser Stadt doch mehr Zuwanderer als bisher gedacht, oder gibt es neuerdings auch hier dramatische Probleme in Schulen?“, könnte man sich fragen.

Bei genauerem Hinsehen stellt man fest: Paderborns Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte entspricht dem Landesdurchschnitt - hier sind es 22%, in ganz Nordrhein-Westfalen 23%. Und auch bundesweit liegt die Stadt beim Ausländeranteil im Mittelfeld. Was die Anzahl von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte angeht, ist Paderborn also repräsentativ. Was die Integrationsarbeit angeht, ist Paderborn sogar

vorbildlich.

Von 1989 bis heute nahm der Kreis Paderborn knapp 22.000 Aussiedler auf, die Stadt Paderborn allein fast 10.000. Dass diese Menschen hier heimisch geworden sind, ist eine Integrationsleistung, auf die die Region mit Recht stolz sein kann.

Schon der Blick auf das heutige Kongressprogramm zeigt: Hier ist etwas erreicht worden. Die Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landesregierung fiel auf fruchtbaren Boden. Die Leitziele des Förderprogramms 'Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit' - kurz 'KOMM-IN NRW' - werden in Paderborn mit Leben gefüllt.

Integration ist eine schwierige und zugleich eine extrem wichtige Aufgabe. Deshalb hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vor einem knappen Jahr das erste Integrationsministerium in Deutschland errichtet. Wie wichtig die Entscheidung war und wie richtig der Zeitpunkt, das hat sich in den darauf folgenden Monaten schnell gezeigt.

Im Oktober 2005 zeigten uns die Bilder von illegaler Zuwanderung an der spanisch-marokkanischen Grenze, wie Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa herein zu kommen. Im November 2005 brachen die Unruhen bei den Einwanderern in Frankreichs Vorstädten aus. Anfang des Jahres lösten Karikaturen in einer dänischen Zeitung Demonstrationen und Debatten um Islam und Pressefreiheit aus. Dann, vor einigen Wochen, konfrontierten uns Berliner Hauptschulen öffentlich mit der Frage, ob die Integration der jungen Generation von Zugewanderten generell gescheitert sei. Und erst in der vorletzten Woche hat die Innenministerkonferenz über das Einbürgerungsverfahren für Ausländer diskutiert.

Zuwanderung und Integration sind schon seit vielen Jahren zentrale politische Themen - in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland und in Europa. Aber jetzt haben wir eine neue Qualität der öffentlichen Aufmerksamkeit und der öffentlichen Debatte erreicht. Gut ist, wenn wir uns jetzt damit auseinandersetzen, dass Zuwanderung eine gesellschaftliche Realität ist und dass eine konstruktive Integrationspolitik zwingend notwendig ist.

Weniger gut ist, wenn wir politische Strohfeuer abbrennen und uns dem Thema nur so lange widmen, bis die Aufmerksamkeit wieder abebbt. Diese Gefahr besteht in Nordrhein-Westfalen glücklicherweise nicht, denn wir sind in der Integrationspolitik gut aufgestellt.

Bereits im Jahr 2001 hatten alle Fraktionen des Landtags eine gemeinsame Integrationsoffensive formuliert. Dieser parteienübergreifende Konsens, der damals von der CDU angestoßen worden war, ist ausdrücklich Grundlage der Regierungspolitik in Sachen Integration.

Die neue Landesregierung hat konkrete Schritte eingeleitet, damit diese politischen Grundsätze jetzt effektiver umgesetzt werden. Dazu haben wir eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, die ganz konkrete Schritte entwickeln und die Querschnittsaufgabe Integration in allen Ressorts verankern wird.

In meinem Haus stehen der Religionsunterricht und die Sprachförderung ganz oben auf der Tagesordnung. Wir brauchen islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen, in deutscher Sprache und unter öffentlicher Schulaufsicht. Dann haben wir die Garantie, dass der Unterricht verfassungskonform abläuft, und so machen wir

deutlich, dass die muslimischen Kinder und Jugendlichen Teil unserer Gesellschaft sind.

Der wichtigste Schlüssel zur Integration aber ist die Sprache. Deshalb führen wir in Nordrhein-Westfalen Sprachtests ein, um bei Bedarf schon die Vier- bis Sechsjährigen zu fördern. Damit erreichen wir, dass bei der Einschulung alle Kinder ausreichend Deutsch verstehen und sprechen.

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 haben wir daher die Mittel für die vorschulische Sprachförderung von 8,1 Mio. € auf nunmehr 17,7 Mio. € mehr als verdoppelt. Damit setzen wir bei den Kindern mit Zuwanderungsgeschichte an, die jetzt im Kindergartenalter sind.

Zugleich müssen wir auch Lücken schließen bei der Integration jener jungen Menschen, die ihre Schullaufbahn mit Sprachdefiziten begonnen haben. Deshalb wird auch die Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten von uns gefördert.

Ich bin zuversichtlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit der Integration weiter vorankommen werden - auch weil wir das Thema gemeinsam mit den Organisationen der Zugewanderten angehen. Wir werden Integrationspolitik weiter mit den Menschen fremder Herkunft machen und nicht über ihre Köpfe hinweg.

Aber, und das wissen auch wir Politiker: Ob die Integration tatsächlich gelingt, hängt letztlich nicht von Faktoren ab, die die Politik unmittelbar beeinflussen kann. Es ist die Situation in der Familie, in der Schule und am Arbeitsplatz selbst, die darüber entscheidet, ob man dazugehört oder nicht.

Die Alltagsstrukturen sind für die Integration ausschlaggebend: Geht das Kind in den Kindergarten und hat es da Gelegenheit, deutsch zu sprechen, wird es in der Schule gefördert und nimmt es in der Freizeit an außerschulischen Aktivitäten teil, oder finden Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte einen Ausbildungsplatz?

Was ich sagen will ist: Integration findet vor Ort statt.

Diesen Satz werden sie schon oft gehört haben. Er geht uns wie selbstverständlich von den Lippen. Dabei bringt er etwas sehr Wesentliches über die Art und Weise zum Ausdruck, wie Integrationspolitik in Deutschland angelegt ist: nämlich föderal.

Staatliche Verantwortung ist bei uns auf viele Schultern verteilt. Das gilt auch für den zentralen Auftrag der Integration von mehreren Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Bund, Länder und Kommunen gemeinsam sind für Integration verantwortlich. Keine Ebene kann sich wegducken. Neuerdings kommt auch die Europäische Union mit einer 'Integrationsagenda' hinzu. Diese gestaffelte politische Struktur, die es in anderen Ländern so nicht gibt, macht das deutsche Integrationsmodell aus.

Jetzt kann man einwenden, viele Köche verderben den Brei. In der Tat haben wir auch in der Integrationspolitik Doppelstrukturen. Nicht alles läuft rund, es gibt Kompetenzstreitigkeiten und manchmal weiß die eine Hand nicht, was die andere tut.

Viele von Ihnen sind Praktiker der Integrationsarbeit und werden das kennen. Schnell wird dann der Ruf nach Vereinheitlichung und Straffung laut. Und da die öffentlichen Kassen überlastet sind, kann man diese Forderungen auch nicht einfach von der Hand weisen.

Gleichwohl ist die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen eine der

großen Stärken der deutschen Integrationspolitik. Sie hat einen ganz zentralen Vorteil:

Durch sie ist man 'näher dran' an der sozialen Realität und kann rascher steuernd und korrigierend eingreifen, als dies in Ländern möglich ist, die weder Föderalismus noch kommunale Selbstverantwortung kennen.

Als ehemaliger EU-Parlamentarier kenne ich die Verhältnisse in unseren Nachbarländern gut und kann Vergleiche anstellen.

Die Tatsache, dass wir von gewalttätigen Unruhen, wie Frankreich sie in seinen Vorstädten erlebte, verschont geblieben sind, liegt auch an der sinnvollen Verteilung integrationspolitischer Kompetenzen wie wir sie in Deutschland haben.

Kurzum: Bei uns mischen sich immer viele ein. Das macht es für die Politik – auch für die Politik in Düsseldorf - nicht gerade leicht. Es ist aber hilfreich und notwendig. Der Bund allein, das Land allein, die Kommunen allein, können Integration nicht schultern. Nur wenn alle zusammenarbeiten, geht es voran. Das ist auch die Grundidee des KOMM-IN-Projektes.

Das große zivilgesellschaftliche Engagement, das hier zum Ausdruck kommt, hat das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen ganz maßgeblich gefördert.

Wenn Integration gelingen soll, sind natürlich auch der einzelne Einwanderer und die einzelne Einwanderin selbst gefordert. Sie müssen Integration nicht nur als Notwendigkeit, sondern als persönliche Chance begreifen. Wer das nicht tut, stellt sich ins Abseits. Eine Gesellschaft braucht aber den Zusammenhalt aller Gruppen, und darüber hinaus gemeinsame Überzeugungen und verbindliche Werte. Ich habe mich daher für einen breiten gesellschaftlichen Dialog über den Begriff der Leitkultur ausgesprochen. Es geht dabei nicht um den missverständlichen Begriff einer „deutschen Leitkultur“, nicht "wir" integrieren "sie". Sondern es geht um eine „gemeinsame Leitkultur“, bei der Zuwanderergruppen gemeinsam mit der Mehrheitsgesellschaft ihre Wünsche, Ziele und Werte formulieren. Zugewanderte Menschen sollten in Deutschland ihre neue Heimat sehen, ohne ihre Vergangenheit leugnen zu müssen.

Sie merken aber, dass ich von Aussagen wie „Die Integration ist gescheitert.“ oder „Staat und Gesellschaft sind überfordert.“ wenig halte. Aus diesen Aussagen spricht Gestaltungspessimismus. Ich weiß, es gibt Scheitern, es gibt Gewalt, es gibt Rückzug. Das müssen wir offen benennen und dagegen müssen wir auch vorgehen. Aber vor allem müssen wir genau hinsehen: auf die konkrete Schule, den konkreten Stadtteil, die konkreten Ursachen vor Ort.

Abstrakte Schuldzuweisungen helfen nicht weiter, und der Ruf nach Ausweisung, der in den vergangenen Wochen ja auch laut wurde, schon gar nicht. Vielmehr müssen wir den Blick nach vorn richten und anpacken, was zu tun ist. Um die Negativspirale aus Ausgrenzung und Selbstausgrenzung zu durchbrechen, brauchen wir Bildung. Die Aufgabe ist also klar. Sie lautet: Bildung fördern und für Bildung werben. Und diese Aufgabe stellt sich nicht nur dem Staat, sondern der ganzen Gesellschaft. Deshalb ist es gut und wichtig, dass Migrantorganisationen und kommunale Integrationsbeiräte daran mitarbeiten und dass Integrationskonferenzen wie diese stattfinden.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen eine pragmatische Integrationspolitik betreiben, die ideologiefrei ist und sich an der Lebenswirklichkeit orientiert. Integration wird also als

Querschnittsaufgabe verstanden, die sich auf alle staatlichen Ebenen und alle politischen Handlungsfelder erstreckt. Das KOMM-IN-Projekt leistet dazu einen großen Beitrag. Ich freue mich, dass diese Initiative in Paderborn aufgegriffen und so produktiv genutzt worden ist. All denen, die sich in diesem Prozess engagiert haben, möchte ich ganz herzlich danken.

Ich wünsche der Stadt Paderborn weiterhin Glück und Erfolg bei der Integrationsarbeit. Und ich wünsche Ihnen, dass sie von diesem Kongress die Gewissheit mitnehmen, dass wir Integration erfolgreich gestalten können.

3 Grußwort: Engin Sakal

Vorsitzender des Migrationsbeirates der Stadt Paderborn

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Minister Laschet,
Herr Bürgermeister,
sehr verehrte Abgeordnete,
Herr List,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

es ist für uns selbstverständlich eine große Ehre, unseren Integrationsminister bei der Tagung hier zu haben. Ich möchte mich natürlich ausdrücklich bedanken, auch wenn Aachen aufgestiegen ist und wir nicht, auch wenn unser Stadion nur zu 2/3 fertig ist und Sie noch keines haben, wir wären gerne in der 1. Liga als Paderborner. Vielleicht sind wir, Herr Paus hat es betont, noch nicht so weit. Aber wir kommen. Also nächstes Jahr ist unsere Hoffnung noch nicht begraben. Ja, Herr Paus hat mir im Grunde genommen alles vorweg genommen und daher möchte ich mich diesem nur kurz anschließen. Ich möchte dennoch die Gelegenheit nutzen, auch vielleicht an Sie, Herr Minister, einige Worte zu richten.

Sie haben zum Schluss Ihrer Rede auch die kommunalen Migrantenvvertretungen betont. Ich bin froh, dass wir in Paderborn so einen fruchtbaren Boden haben. Hier ist der Rat der Stadt sehr wohlwollend und entgegenkommend. Der Migrationsbeirat, früher Ausländerbeirat, der besteht schon seit 1982. Also nicht nur seit der Novellierung der Gemeindeordnung. Seit diesem Jahr haben wir hier einen stetigen Prozess, der nach vorne geht, der sich weiterentwickelt und wie wir auch heute feststellen können in einem Integrationskongress, wo der Migrationsbeirat nicht als Zuschauer, sondern aktiver Teilnehmer, mit daran partizipiert. Für uns ist es wichtig, uns aktiv hier einzubringen.

Wir wissen, dass die rechtlichen Möglichkeiten, die nicht immer sehr gut ausgebaut sind, auch gegeben sind. Deswegen mein Appell auch an die Landesregierung und auch an den Landtag Nordrhein-Westfalen, bei der nächsten Novellierung, die baldmöglichst in diesem Sinne passieren sollte, die gewählten Migrantenvvertreter weiter zu stärken und die rechtliche Grundlage zu geben. Denn wir wissen, dass in anderen

Kommunen das nicht so funktioniert wie beispielsweise hier in Paderborn. Es fehlt an einigen Grundlagen, die sicherlich im Rahmen des § 27 der Gemeindeordnung geregelt werden könnten.

Wir wissen, dass wir auch in der Phase der Experimentierklausel im Moment im Land einige gute Beispiele haben, denen dann auch, Sie hatten die Eröffnung gemacht, eine politische Reihe, eine Seminarreihe folgte, deren Abschluss jetzt am Wochenende in Köln stattfinden wird. Daher erhoffen wir uns natürlich auch positive Zeichen.

Ich möchte auf ein paar Punkte noch ganz kurz eingehen.

Sie haben die Frage der Bildung angesprochen. Da sind wir selbstverständlich einer Meinung. Was wir in der Gesellschaft vermissen, ist die Chancengleichheit. Sie haben es angesprochen, indem man die Kinder beispielsweise schon mit vier Jahren untersucht und dort diese Defizite feststellt. Wenn die Kinder in die Schule kommen und die Sprachkompetenz besitzen, dann wird sicherlich eine Chancengleichheit besser gegeben sein als wenn sie mit sechs Jahren keine Deutschsprachkenntnisse haben und erst die deutsche Sprache lernen müssen, wo andere grundlegende Sachen beherrschen. Für uns ist es wichtig, wenn uns Möglichkeiten gegeben werden, dann nehmen wir sie gerne und dankend in Anspruch. Auch die Familien. Nur diese Möglichkeiten können die Familien selber nicht schaffen. Die müssen entsprechend von den Behörden oder dem Staat geschaffen werden.

Ich möchte mich hier zum Schluss bei all den engagierten Menschen, die heute hier sind, und einigen, die nicht kommen konnten, ganz herzlich bedanken. Wir haben hier die Situation in Paderborn, dass wir nicht nur ehrenamtlich Tätige haben, sondern auch beruflich Tätige, die im KOMM IN-Prozess mitwirken, obwohl das Thema Integration im Grunde genommen nicht unmittelbar zu ihrem Aufgabenbereich gehört. Sie tun das nach meiner Beobachtung sehr gern.

Der Migrationsbeirat bringt sich selbstverständlich auch in die einzelnen Handlungsfelder ein und ich möchte mich auch ganz herzlich bei den Migrantenselbstorganisationen hier an dieser Stelle bedanken, die auch sehr engagiert diesen Prozess mit begleiten.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen und uns allen ein gutes Gelingen wünschen. Ich hoffe, dass wir auch nächstes Jahr uns beim 2. Integrationskongress so zahlreich, mindest so viel wie heute, auch hier wiedersehen und auch wieder von einem weiteren Fortschritt berichten können.

Vielen Dank und ein gutes Gelingen.

4 INTEGRATION AKTIV GESTALTEN – IMPULSREFERATE

Im Rahmen des KOMM-IN Prozesses wurden in Paderborn fünf Handlungsfelder ausgewählt. Seit September 2005 haben Paderborner Akteure aus den Migranten-selbstorganisationen und dem Migrationsbeirat, von freien Trägern und verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung, aus Schulen, von der ARGE, von Sprachkursträgern oder des BAMF und weiteren Initiativen in diesen Handlungsfeldern Leitziele, Themenschwerpunkte und konkrete Projektideen erarbeitet. Durch die nachfolgenden Impulsreferate sollen zu einzelnen Aspekten aus dem jeweiligen Themenkomplex der Handlungsfelder von Außenstehenden Experten weitere Impulse für die Arbeit in Paderborn geliefert und anschließend in Arbeitsgruppen vertieft.

4.1 Sprachförderung und Verbundmodelle

Peter Kalley, Regionalkoordinator, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren des Rates,
verehrte Mitgäste!

Bevor ich zu meinen Ausführungen „Sprache und Verbundmodelle“ komme, darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als dem Repräsentanten der Stadt Paderborn, sehr herzlich für die Einladung zu ihrem Kongress danken.

Die angekündigte Referentin Frau Jordan möchte ich entschuldigen.

Wie Sie den Medien entnehmen konnten, haben die Innenminister auf ihrer Konferenz in Garmisch-Patenkirchen beschlossen, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu beauftragen, die Inhalte und Konzepte für die Einbürgerung sowie die Standards für Nachweismodalitäten zu entwickeln. Anwärter auf Einbürgerung müssen zukünftig einen Integrationskurs besuchen. Heute findet zeitgleich die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises „Einbürgerung“ unter Leitung unseres Präsidenten statt, in den auch Frau Jordan mit ihrem Team berufen wurde.

Meine Ausführungen möchte ich unter das Motto stellen:

„Voneinander lernen - gemeinsam leben“.

Die mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 eingeführten Integrationskurse und das neu gestaltete migrationsspezifische Beratungsangebot sind Kernelemente der neuen Integrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Ziel des Integrationskurses, der aus einem Sprach- und Orientierungskurs besteht, ist es, Migrantinnen und Migranten ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sowie

Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln.

Parallel dazu ist es Aufgabe der Migrationsberatung, bei Zuwanderern einen Integrationsprozess zu initiieren und sie in Verbindung mit den Integrationskursen zur selbstständigen und gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in ihrer neuen Heimat zu befähigen.

Diesen uns von der Politik vorgegebenen Rahmen galt es Anfang 2005 in Abstimmung mit den im Integrationsbereich beteiligten Personen, Institutionen, Einrichtungen und Behörden, auszufüllen.

Meine Damen und Herren, Integration kann allerdings nicht verordnet, sie muss gelebt werden! Sie funktioniert nur dann, wenn sich Menschen dafür engagieren. In Paderborn ist das der Fall. Hier engagieren sich erfreulich viele Menschen in Vereinen, Initiativen und Verbänden, in Kirchengemeinden und Migrantenselbstorganisationen, in Verwaltungen und in Wirtschaft. In dieser Stadt wird in der Integrationspolitik miteinander geredet und gemeinsam gehandelt. Integration wird hier aktiv gestaltet. Hier stellt man sich den Herausforderungen und hat die Chancen, die eine zukunftsfähige Integrationsarbeit bietet, erkannt.

Dank des Engagements der Stadt Paderborn, der politischen Gremien der Stadt, der Wohlfahrtsverbände, den Migrantenselbstorganisationen und der Integrationskursträger konnten bereits im Frühjahr 2005 erste Erfolge der gemeinsamen Integrationsbemühungen bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes verzeichnet werden. Dieser Erfolg konnte allerdings nur erreicht werden, weil die Migrantinnen und Migranten in Paderborn ihre Chancen genutzt haben. Erst zögerlich, verhaltend, aber zunehmend selbstbewusster fragten sie die Integrationskurse nach.

Das Engagement von insgesamt 12 Paderborner Integrationskursträgern führte bis heute zur Einrichtung von insgesamt 85 Integrationskursen, mit über 1200 Teilnehmern. Zur Nachhaltigkeit dieses Engagements trägt das KOMM-IN Projekt unter dem Projekttitel: „Bestandsaufnahme und konzeptionelle Weiterentwicklung der Integrationsangebote in Paderborn“ bei.

Die Vertreterinnen und Vertreter des Migrationsbeirates werden später in einer Podiumsdiskussion zu den Ergebnissen der verschiedenen Diskussionsforen berichten.

Ohne diese Ergebnisse vorwegzunehmen, ist festzuhalten, dass allein mit dem Angebot der Integrationskurse und der Migrationserstberatung keine erfolgreiche Integration zu erreichen beziehungsweise zu garantieren ist. Integration ist ein langfristiger Prozess, der sowohl Anstrengungen von den Zuwanderern als auch von der Aufnahmegesellschaft erfordert.

Aus diesem Grund sind vor allem in den Handlungsfeldern der schulischen und beruflichen Qualifizierung sowie der sprachlichen, der gesellschaftlichen und sozialen Integration weitere Maßnahmen notwendig.

Meine Damen und Herren, weiterführende Maßnahmen dieser Art, die den 2005 eingeführten Integrationskurs sinnvoll ergänzen können, existieren bereits und werden zum Teil seit Jahren in den Kompetenzbereichen verschiedener Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie von privaten Trägern und Migrantenselbstorganisationen erfolgreich umgesetzt.

Häufig stehen diese Angebote jedoch hinsichtlich Zielen, Inhalten, Organisation und Qualitätsstandards noch in keinerlei Beziehung zum neuen Erstförderangebot des Bundes.

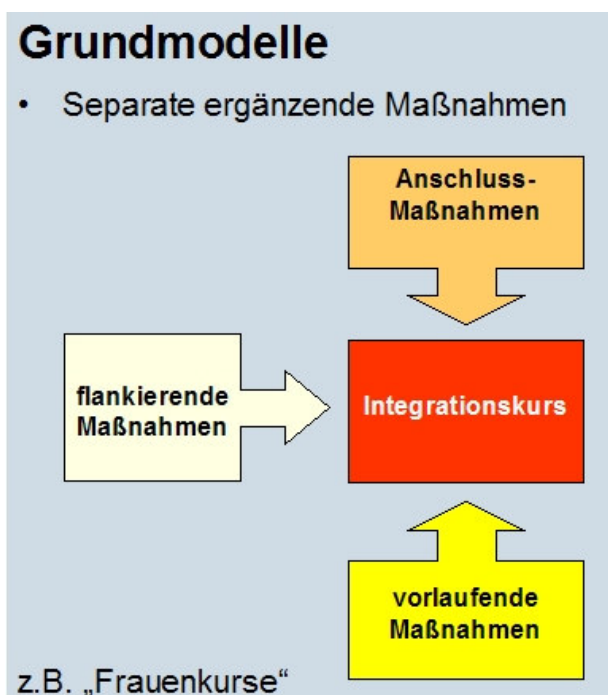
Um die Sicherung der Nachhaltigkeit der Integrationsförderung zu erreichen, bedarf es demnach einer stärkeren Verzahnung der unterschiedlichen Kompetenzbereiche und

Förderstrukturen. Nur dann können die letztlich den Zuwanderern zugute kommenden Synergieeffekte im konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Bereich erzielt werden.

Der Erfolg des auf breitem politischem und gesellschaftlichem Konsens beruhenden Zuwanderungsgesetzes hängt letztlich von der Kooperationsbereitschaft der beteiligten Akteure ab. Hier stehen vor allem Bund, Länder und Kommunen in einer besonderen gesellschaftspolitischen Verantwortung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat deshalb als Kompetenzzentrum für Migration die Initiative ergriffen und unterbreitet mit einem Rahmenkonzept für Verbundprojekte einen Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen bei der Entwicklung und Implementierung eines Systems integrationskursergänzender Maßnahmen.

Das Konzept für die integrationskursergänzenden Maßnahmen, kurz Verbundprojekte, versteht sich als Handlungsempfehlung für die Ausgestaltung des Integrationskursumfeldes und zielt ausdrücklich nicht auf eine Verlagerung von Kompetenzen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will für die notwendigen Koordinierungsprozesse eine Plattform zur Verfügung stellen und sieht sich selbst in einer initiiierenden und moderierenden Rolle.

Die Verbundprojekte sind konzeptionell auf den Integrationskurs zugeschnitten. Sie bauen systematisch auf den Zielen und Inhalten des Integrationskurses auf. Dabei sind drei Maßnahmenbereiche zu unterscheiden:



Vorlaufende Maßnahmen, das heißt Projekte, die zum Integrationskurs hinführen.

Flankierende Maßnahmen, darunter sind Projekte zu verstehen, die zeitlich parallel zum Integrationskurs laufen.

Anschlussmaßnahmen, das heißt Projekte, die gezielt auf den im Integrationskurs vermittelten Kenntnissen aufbauen. Bei allen drei Varianten kommen sowohl in der Praxis bewährte als auch neu zu konzipierende Förderangebote zum Tragen.

Weitere Einzelheiten zu diesen Verbundprojekten, den Zielgruppen, den vordringlichen Handlungsfeldern sowie zur Umsetzung und Finanzierung möchte ich Ihnen im anschließenden Diskussionsforum „Sprachförderung“ darlegen. Hierzu lade ich Sie bereits jetzt herzlich ein.

Meine Damen und Herren, alle politisch Verantwortlichen befürworten mittlerweile das Ziel einer wirksameren Integrationsförderung. Mit dieser Absicht wird die Integrationsförderpolitik von Bund, Ländern und Kommunen derzeit umfassend reformiert. In vieler Hinsicht zeigt sich das Jahr 2006 schon jetzt geplant und ungeplant als ein Jahr der Umbrüche und Neuorientierungen aufgrund von neuen inhaltlichen und politischen Vorgaben, finanziellen Einschränkungen und Kürzungen. Es besteht jedoch viel Grund zur Zuversicht.

Gerade das Beispiel Paderborn zeigt, Integration und Migration sind auf den richtigen Kurs gebracht.

Segeln geht nicht ohne Anstrengungen, aber wir haben nach wie vor günstigen Wind.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

4.2 Migranten und Medien

Eckpunkte des Kurzreferats von **Juri Rescheto**, freier Autor und Reporter für den WDR (Cosmo TV), ARTE und die Deutsche Welle.

„Zwischen Nische und Mainstream. Migranten und Medien.“

Cosmo TV – samstags 14.00 bis 15.00 Uhr im WDR Fernsehen

Das interkulturelle Magazin mit spannenden Gästen, die einen "anderen" Blick auf das Weltgeschehen eröffnen. Ein Magazin, das so bunt und vielfältig ist wie Europa und Deutschland durch Zuwanderung und Migration längst geworden sind: bereichert durch die Einflüsse fremder Kulturen, dem Miteinander unterschiedlicher Ethnien. In dieser Sendung spiegelt sich das Lebensgefühl der zweiten und dritten Einwanderergeneration wider, junge Menschen, die fremde Wurzeln haben, aber längst hier zu Hause sind. Genauso wie das der Deutschen, die gerade im zusammenwachsenden Europa ihre Zukunft sehen.

60er JAHRE

Gastarbeiter bekamen so gut wie keine Verbindung zur Heimat. Erste "Schwalben": WDR Sendungen Köln Radiosu (Radio) und „Ihre Heimat - unsere Heimat“ (Fernsehen) - in Türkisch.

Grund: die Prämisse, dass die Gastarbeiter bald zurückgehen, in ihre Länder.

HEUTE

Quotenträchtige Vereinfachung, Pauschalisierung - als Folge Instrumentalisierung:

- Einerseits: Kriminelle, Asylanten, Terroristen, Fundamentalisten in einen Topf geworfen
- Andererseits: der gesellschaftliche Erfolg der Ausländer wird überhöht (Miss Germany genießt besondere Aufmerksamkeit, weil sie Deutschtürkin ist...)

Es fehlt die Mitte, das Normale, die Alltagsrealität!

RESULTAT

Verzerrtes Bild von Ausländern, was zum Beispiel dazu führt, dass etwa 73% der Bundesbürger glauben, dass Moslems nicht in die westliche Kultur passen. 85% wollen Recht und Ordnung stärker verteidigt wissen.

Selbst die Staatsbürgerschaft von legalen Migranten wird nicht gutgeheißen: In den alten Bundesländern würden rund 52% den Migranten die bürgerlichen Rechte absprechen wollen, d. h. kein Wahlrecht, kein Anrecht auf Sozialleistungen. In den neuen Bundesländern geht die Ablehnung noch weiter: Dort befürworten rund 33% so genannte "Rückführungsmaßnahmen". Im Klartext: Sie wollen, dass die "Ausländer" das Land verlassen.

VERSUCHE, dies zu ändern:

- Comedy: Türken im Trend!

Kaya Yanar ("Was guckst du?" / Sat.1), Sit Coms "Döneria" (Sat.1), "Der König von Kreuzberg" (Sat.1) und "Halbmond über Neukirchen" (RTL) usw.

- Ausländer als Akteure im täglichen TV-Geschäft
Nazan Eckes (RTL II News), Gülcan (VIVA), Asli Sevendim (Aktuelle Stunde, WDR), Nachtmoderatoren der Tagesschau (ARD), Ranga Yogeshwar (WDR) u.a. - Tendenz steigend!

- Nischenfernsehen:

Mit der Einführung des wöchentlichen Magazins Cosmo TV will der WDR das Gefühl der Zuwanderer der 2. Generation wiedergeben. Lob: einzigartig in Deutschland, breite Themenpalette. Kritik: Ausländer unter sich!

FAZIT

Trotz aller Bemühungen und aller politischen Korrektheit gerade der Öffentlich-Rechtlichen wird z. B. der Ausländeranteil in der Bevölkerung konstant zu hoch eingeschätzt: im Westen auf 19%, bei realen 10%, im Osten sogar ums Dreifache auf 12%, bei realen 4%. Zuschauer nutzen das Fernsehen, um sich ihre Haltungen und Einstellungen bestätigen zu lassen. Bei Widerspruch schalten sie einfach ab! Auf einem anderen Kanal wird es schon das Richtige geben.

4.3 PatInnennetzwerke

EQUAL- Teilprojekt

Zeitraum: 01.07.2004 -31.12.2004



MOZAİK
CONSULTING





MOZAİK
gemeinnützige Gesellschaft für Interkulturelle
Bildungs- und Beratungsangebote mbH

PatInnennetzwerke

für die berufliche Integration von Menschen mit
Migrationshintergrund
-MigrantInnen integrieren MigrantInnen-

Dipl.-Ing. Cemalettin Özer

Paderborn, Mai 2006



EUROPAISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Arbeit

© Mozaik Consulting 2006

Tätigkeitsfelder in der Integrationsarbeit von Migrantinnen und Migranten

- Förderung der beruflichen Qualifizierung und Integration
- Migrant/innenspezifische Projektentwicklung
- Interkulturelle Dialogarbeit

Good-Practice Projekte u.a.

- Owl Interkulturell - Interkulturelles Magazin für Ausbildung (BMW-XEXOS)
- MiM - MigrantInnen integrieren MigrantInnen (BMW-EQUAL)
- BQN Ostwestfalen-Lippe (BMBF-BQF-Projekt)
- Beratungsnetzwerk Migrantenselbstorganisationen in NRW der
- Entwicklungspartnerschaft: Pro Qualifizierung (BMAS-EQUAL)

Statistiken

Begriffe: Ausländer, Gastarbeiter, Migrant, Zu- bzw. Einwanderer

Deutschland	ca. 7 Mio. Menschen mit ausländischem Pass ca. 2 Mio. Aussiedler/-innen
NRW	280.000 ausländische Unternehmen mit 1 Mio. MA ca. 2 Mio. Menschen mit ausländischem Pass ca. 600.000 Ausländer/-innen ca. 60.000 Zuwandererunternehmen in NRW
Ostwestfalen-Lippe	ca. 150.000 Menschen mit ausländischem Pass ca. 160.000 Aussiedler/-innen

ca. 5.000 Zuwandererbetriebe

Bielefeld ca. 40.000 Menschen mit ausländischem Pass
ca. 20.000 Aussiedler/-innen

Arbeitslosenquote Bielefeld/Gütersloh Gesamt ca. 11 % (ca. 35.000 Menschen)
Ausländer ca. 23 % (ca. 8.000 Menschen)

Ansatz: PatInnennetzwerk

Idee: Engagierte Migrant/-innen (inkl. Aussiedler/-innen) beraten und begleiten arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund

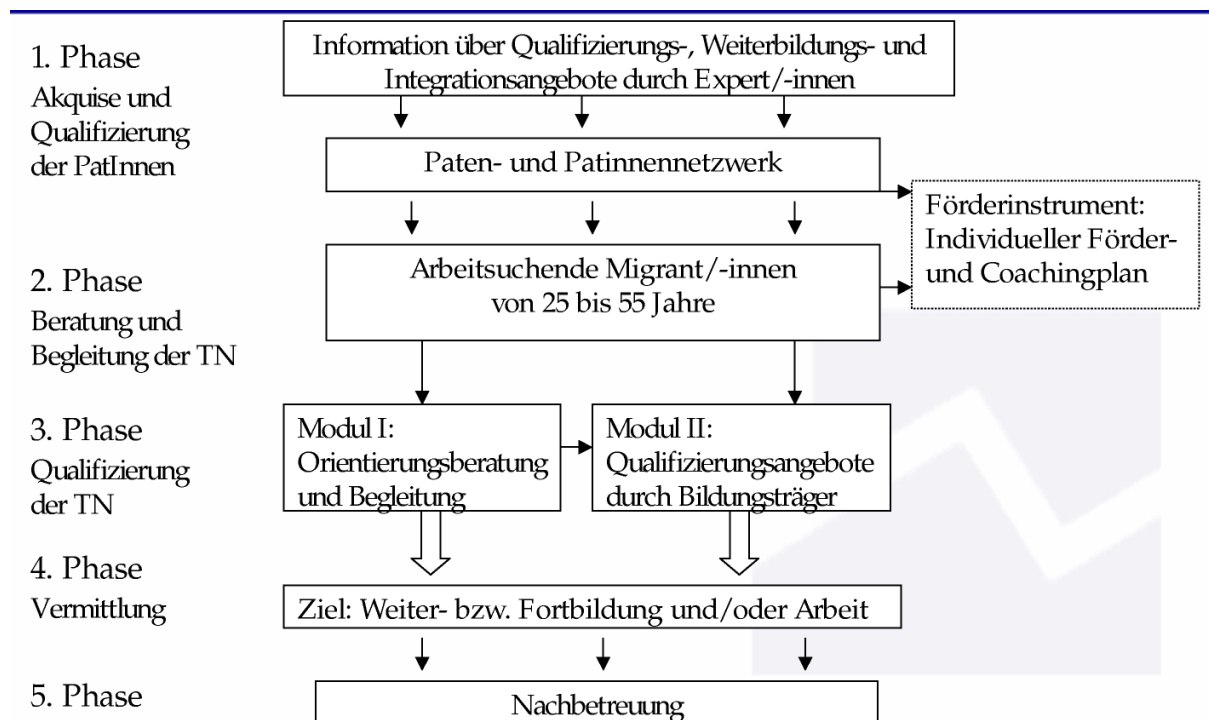
Zielgruppe des Projektes

Arbeitssuchende Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 25 und 35 Jahren

Kooperationspartner:

- Agentur für Arbeit Bielefeld
- Interkulturelles Büro der Stadt Bielefeld
- Beratungsstelle Perspektive für Arbeitslose der GAB Bielefeld
- Beruflicher Weiterbildungsverbund Bielefeld e. V. (BWB)

Projektphasen (grafisch)



MiM-Innovation (MigrantInnen integrieren MigrantInnen)

Qualifizierung und Begleitung der MultiplikatorInnen

Ziel: Vermittlung von Basisqualifikationen für Mentorenarbeit (ca. 40 Ustd.)

Erfolgskriterien:

- Kleinere Qualifizierungseinheiten am Abend und / oder am Wochenende (eintägige Veranstaltungen)
- 2-3 Veranstaltungen mit Basismodulen für die Gesamtgruppe, kleinere Praxisgruppen mit Elementen der Qualifizierung, Erfahrungsaustausch und Beratung
- Kontinuierliche Begleitung der MultiplikatorInnen durch eine feste Ansprechperson beim Träger (Coaching)
- Wichtige Inhalte der Qualifizierung sind: Übersicht über Beratungs- und Bildungseinrichtungen in der Region, „Beratungs-Know-how“, Grenzen ehrenamtlicher Arbeit, Einsatz und Nutzung des Förderplans.

Statistiken zu den PatInnen:

- (12 Frauen, 6 Männer)

Abschlüsse:

- 10 Patinnen und Paten mit Hochschulabschluss, 4 mit abgeschlossener Berufsausbildung und 4 Student /-innen

Sprachkenntnisse (mindestens dreisprachig):

- Spanisch, 2 Französisch, 4 Russisch, 9 Englisch, 8 Türkisch, 2 Kurdisch
Je 1: Tamilisch, Amharisch, Aserbaidshanisch, Kirgisisch, Ungarisch, Tigrigna, Arabisch, Italienisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Griechisch, Polnisch und Rumänisch.

Volkszugehörigkeit:

- Russisch, 2 Türkisch, 2 Kurdisch,
Je 1: Rumänisch, Polnisch, Jüdisch, Französisch, Kirgisisch, Spanisch, Ungarisch, Bosnisch, Tigrigna und Tamilisch

Staatsangehörigkeit:

- Deutsch, 2 Deutsch und Türkisch, 2 Russisch, 2 Türkisch, je 1 Niederländisch, Äthiopisch, Ungarisch, Kirgisisch, Französisch, Srilankisch, Rumänisch, Spanisch, Bosnisch

Statistiken zu den Teilnehmern:

- 18 PatInnen betreuten in 4 Monaten insgesamt 209 Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund (97 Frauen und 112 Männer)
- 141 Arbeitssuchende nahmen an Gruppenberatungen teil.
- 68 wurden individuell beraten und betreut (Förder- und Coachingplan)

ca. 45 % der KlientInnen kommen aus der Türkei

ca. 22 % aus ehemaligen sowjetischen Staaten

ca. 25 % der KlientInnen haben Berufs- / oder Studienabschlüsse

ca. 10 % der KlientInnen sind deutsche Staatsbürger

Ergebnisse:

- 126 ALG II-Formulare wurden ausgefüllt
- 30 Bewerbungsmappen wurden erstellt
- Klient/ -innen fanden einen Arbeitsplatz
- 2 Praktikumsplätze wurden vermittelt
- 26 Klient/ -innen nahmen an Kurzqualifizierungsmaßnahmen teil:
 - Bewerbungstrainings, EDV- und Internetkurse, Orientierungsseminar zu Deutschkurs- und Beratungsmöglichkeiten
- Auszeichnung des Projektes beim Robert-Jungk-Preis 2005

Erfolgskriterien

- Infoveranstaltungen und Gruppenberatungen für arbeitslose MigrantInnen sollten vorwiegend vormittags in leicht erreichbaren Orten stattfinden.
- Als PatInnen sind erfahrene „erfolgreiche“ Menschen mit Migrationshintergrund und interkulturellen Kompetenzen geeignet. StudentInnen sind am flexibelsten.
- Die Erreichung der Klient/-innen ist erfolgreicher bei einer intensiven Kooperation mit städtischen Behörden und Beratungsstellen.
- Bei der Akquise von PatInnen kann man zunächst im eigenen Trägerumkreis danach bei Beratungsstellen anfragen, ob sie schon durchgeführte Projekte / Netze mit Ehrenamtlichen hatten.
- Für den intensiven Erfahrungsaustausch und Problemlösungen sind regelmäßige Treffen für PatInnen einmal pro Monat wichtig.

4.4 Zuwanderer in der Stadt

Gudrun Kirchhoff, Projektgeschäftsstelle „Zuwanderer in der Stadt“, Schader-Stiftung

Praktische Empfehlungen zur stadträumlichen Integration

Ausgangslage des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“:

Demografischer Wandel:

- Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung wächst trotz geringer Zuwanderungsraten

Westdeutsche Großstädte als Integrationsmotor der Gesellschaft:

- 90 % der Ausländer leben in Westdeutschland
- Die Hälfte aller Ausländer, aber nur 30 % der Einheimischen leben in Städten mit über 100.000 Einwohnern
- Zunahme stark ethnisch geprägter Quartiere

Strukturwandel:

- Rolle des Arbeitsmarktes als „Integrationsmaschine“ geschwächt
- Zuwanderer in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen
- Strukturwandel schwächt Gewerkschaften und deren Integrationspotenziale

Daraus folgt: Wohnquartier als zentraler Ort der Integration

Segregation in der Stadt

Vorzüge der Segregation:

- räumliche Distanz mindert Konfliktpotenziale zwischen Kulturen, Milieus und Lebensstilen
- Nachbarschaft der Zuwanderer zu ihren Landsleuten erleichtert Integration in Aufnahmegesellschaft durch
 - materielle und ökonomische Hilfen untereinander
 - soziale Hilfen bei Orientierung in der neuen Gesellschaft
 - emotionale Hilfen aufgrund kultureller Vertrautheit

Gefahr der räumlichen Segregation:

- Abschottung gegenüber dem Einwanderungsland
- Abwanderung derer, die es sich leisten können, Kaufkraftverlust, Desinvestitionsgefahr negativer Sozialisierungseffekte Konzentration kann Gewalt, Vandalismus und Fremdenfeindlichkeit erhöhen

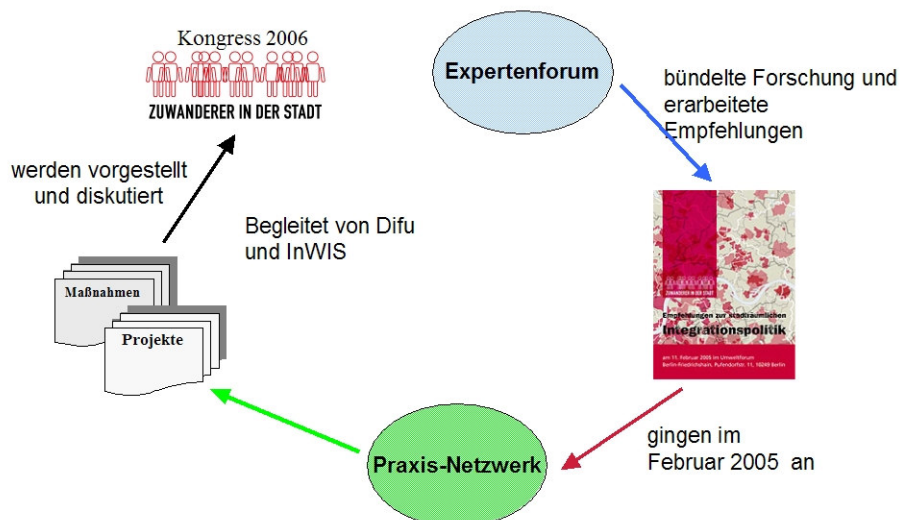
„Mischung“ wird erschwert, denn...

- Familiennachzug und Netzwerkmigration verstärken regionale Verteilungsmuster
- kommunale Belegungsrechte zumeist räumlich konzentriert
- kommunale Belegungsrechte zur „Verteilung“ laufen aus
- durch Privatisierung (kommunaler) Wohnungsunternehmen gehen Partner für Stadtentwicklungspolitik verloren

Zentrale Fragen:

Wie kann unter den Bedingungen zunehmender ethnisch-räumlicher Segregation in den Städten die Integration von Zuwanderern gefördert werden?
Was können Kommunen und Wohnungsunternehmen tun, um zur sozialen und räumlichen Integration von Migranten beizutragen?

Vorgehensweise im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“



Allgemeine Empfehlungen

Auf den Wohnsitz zielende Integrationspolitik darf **nicht allein auf „Mischung“** abzielen, sondern muss Segregation akzeptieren.

Räumliche Segregation darf nicht zu gesellschaftlicher Ausgrenzung führen.

Der **Stigmatisierung** von Quartieren ist entgegenzuwirken.

Integration vor Ort ist eine Querschnittsaufgabe. Auf städtischer Ebene sind ganzheitlich angelegte und ämterübergreifende Konzepte erforderlich.

Integrationsmaßnahmen sollten im **Regelsystem vor Ort** präsent und nicht allein als Sondermaßnahmen organisiert sein.

Integrationsmaßnahmen müssen auf Dauer angelegt sein. Voraussetzung für die Schaffung geeigneter Maßnahmen zur Integration sind Kenntnisse über den kulturellen und sozialen Hintergrund der Zuwanderer-Communities.

Bildung vor Ort

Bildung und Spracherwerb sind wesentliche Grundlagen für die Integration, d. h. Teilhabe an Gesellschaft, Wirtschaft und Politik des Aufnahmelandes. Dieses bedeutet:

- qualifizierte Sprachförderung für alle vor Ort im Alltagsbezug
- Vernetzung der schulischen und außerschulischen Bildungsangebote
- Stärkere Kooperation der Bildungsträger mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe
- Stadtteilschule als „Bürgerzentrum“ mit Raum für gemeinschaftliche Aktionen und Freizeitaktivitäten
- weiterführende Schulen in benachteiligten Quartieren sind Imagefördernd

Migranten-Ökonomie / Beschäftigung

- Lokale Migranten-Ökonomie mit ihrer „Brückenfunktion“ zur Stadtgesellschaft unterstützen und fördern
- Unterstützung von Existenzgründungen im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung, denn wirtschaftliche Unabhängigkeit fördert Anerkennung und Integration
- Unterstützung beim Aufbau von Ausbildungsverbänden und Unternehmenskooperationen
- In den Stadtverwaltungen und bei den Wohnungsunternehmen sollten im Rahmen der Personalentwicklung vermehrt Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt werden

Partizipation / lokale Netzwerke

- Auf Quartiersebene sollten Netzwerke zwischen den Maßnahmenträgern und den sonstigen Akteuren gebildet und gefördert werden
- Für die Moderation und Koordination der Aktivitäten vor Ort sollte ein Quartiersmanagement eingerichtet werden, deren Mitarbeiter mehrsprachig und interkulturell kompetent sein sollten (Lotsenfunktion)
- Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, den Trägern sozialer Maßnahmen und ethnischen Vereinigungen ist anzustreben
- Beteiligung setzt Kommunikationswillen und die Bereitstellung von Kommunikationsräumen voraus (Stadtteilläden, Nachbarschaftszentren etc.)

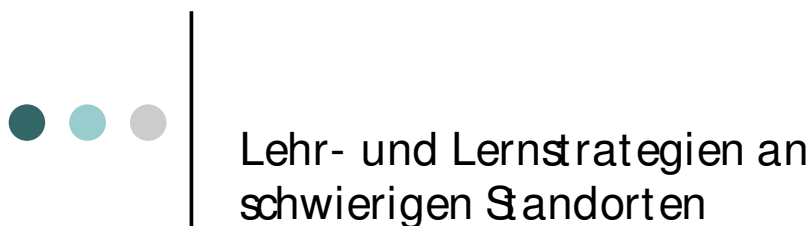
Freiräume und Nutzungsmischung im Quartier

- Bereitstellung geeigneter Freiflächen und Räume für Gemeinschaftsaktivitäten
- bauliche Abgrenzungen zwischen öffentlichen, halböffentlichen und privaten

- Räumen als identifikationsfördernde Maßnahme
- Einsatz von Conciergen und Hausbetreuern zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens der Bewohner
- Bereitstellung preisgünstiger Gewerberäume für Dienstleister und Nahversorger
- monostrukturierte Siedlungen durch Nutzung von Erdgeschosszonen oder bauliche Ergänzungsmaßnahmen mit sozialer, kultureller und Versorgungsinfrastruktur ausstatten
- Wohnungsangebote unterschiedlicher Kategorien für möglichst viele Nachfragergruppen bereitstellen

4.5 Lernen in heterogenen Klassen

(Was kann Schule zur Qualifizierung von Migranten tun?)



**Integration aktiv gestalten -
Herausforderung und Chance für Paderborn**

15. Mai 2006

Jagoda Köditz

Landesinstitut für Schule / Qualitätsagentur des Landes NRW

NRW-Pisa-Befund:

- In allen größeren Ballungsgebieten sind beinahe 50 % der Schulanfänger Migrantenkinder
- „Die Herkunft bestimmt die Zukunft“
- Vielfalt der nicht aufeinander abgestimmten Maßnahmen
- Viele Leuchttürme, keine Systematik

Ist Paderborn ein schwieriger Standort?

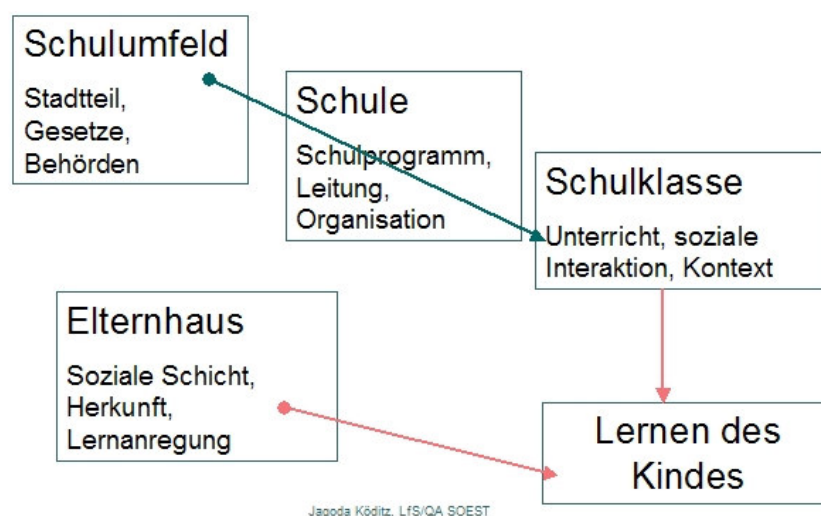
Auf der Oberfläche:

- Einwohner insgesamt:
141.813; davon:
Ausländer: 12.318 = 8,7 %

Unter der Oberfläche:

- Wie viele Kinder/Jugendliche haben eine andere Familiensprache?
- Wie ist ihr sozioökonomischer Status?

Pädagogische Intervention



Mut zur Veränderung

Das Modellprogramm "Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (FÖRMIG)" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)
<http://www.foermig-nrw.de>

Beispiel: Studien in Großbritannien

Warum gelingt es wenigen Schulen, Kindern mit schlechten Ausgangsbedingungen zu guten schulischen Leistungen zu führen?

Wie kann man die Schulen identifizieren, die mit bestimmten Gruppen erfolgreicher umgehen?

Wie schafft man es, den weniger erfolgreichen Schulen zu zeigen, dass man etwas zum Besseren verändern kann?

Wie schafft man es, sich bei PISA in kurzer Zeit signifikant zu verbessern?

Schlüsselergebnisse GB¹

Erfolgreiche Schulen haben eine respektvolle Grundhaltung, z. B. stellen Erwachsene ihre Zeit zur Verfügung, hören ihren Schülern zu, versuchen die Dinge vom Standpunkt der Schüler zu sehen und die schulische Praxis unter dem Eindruck dieser Einblicke zu überarbeiten.

Erfolgreiche Schulen setzen hohe Erwartungen in Lehrkräfte und Schüler. Sie haben klare Regelungen für die Wahrnehmung der Fortschritte sowie für die Planung von Unterstützungsmaßnahmen für diejenigen, die hinter den Erwartungen zurückliegen. Erfolgreiche Schulen pflegen ihre Verbindungen mit dem Umfeld: Sie arbeiten zusammen mit dem Schulträger, den Eltern, Gemeinschaften der Minderheiten. Sie unterstützen Ausbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, die aus den Minderheiten stammen, die in der Schülerschaft vertreten sind.

Erfolgreiche Schulen haben klare Vorgaben für den Umgang mit schlechten Manieren oder Gewalt. Sie haben Strategien entwickelt, um Schulverweise zu verhindern.

Erfolgreiche Schulen sind in der Lage, im Lehrplan geeignete Bezüge zu den mitgebrachten Traditionen, Sprachen, Religionen und Kulturen herzustellen.

Erfolgreiche Schulen sind in der Lage, im Lehrplan geeignete Bezüge zu den mitgebrachten Traditionen, Sprachen, Religionen und Kulturen herzustellen.

Erfolgreiche Schulen bieten ein breites Spektrum an modernen Sprachen an. Das schließt Sprachen mit ein, die als Familiensprachen von den Schülerinnen und Schülern gesprochen werden.

Die erfolgreichsten weiterführenden Schulen haben gut ausgebildete Lehrer für Sprachförderung. Diese arbeiten Seite an Seite mit Fachlehrern, um deren Bewusstsein für die sprachlichen Bedürfnisse im Fachunterricht zu entwickeln und um den Erwerb effektiver Lernstrategien zu fördern.

Die erfolgreichsten Grundschulen sind sich der Rolle und der Bedeutung der Sprache im Lernprozess der Kinder sehr bewusst. Sie beschäftigen bilinguale Lehrer und Hilfslehrer, um das Lernen im Klassenzimmer zu unterstützen.

Alle erfolgreichen Schulen haben klare Leitungsstrukturen. Die Leitungen haben alle Veränderungsprozesse mitinitiiert und entscheidend mitgetragen.

In England wurden u. a. folgende Strukturveränderungen durchgeführt:

- in der Lehrerbildung werden Kompetenzen für die Gestaltung von sprachlichen Unterstützungsmaßnahmen für Englisch als Zweitsprache und für den Nutzen von bilingualen Lernansätzen im Unterricht vermittelt
- Diese Inhalte werden auch den Schulinspektoren vermittelt

Nachhaltigkeit der schulischen Integration in Paderborn wird gelingen,

- wenn Schule als System sie leistet
- wenn langfristig gefördert wird
- wenn durchgängige Förderung im Sprachenlernkonzept angelegt wird
- wenn die Bereitschaft zum Lernen und Weiterqualifizierung da ist
- wenn das Schulumfeld die Schule unterstützt
- wenn Eltern die Lernprozesse unterstützen
- wenn **MUT ZU VERÄNDERUNGEN** da ist

¹ Prof. Dr. Jill Bourne, University of Southampton, UK

Sprachliche Entwicklung

Alle Kinder erlernen ihre Sprache in identischen Phasen:

- Lauterzeugung, Sprachwahrnehmung, Sprachinteraktion
- Lautliche Entwicklung
- Grammatische Entwicklung
- Semantische Entwicklung
- Pragmatische Entwicklung

Muttersprache, Zweisprachigkeit²

Unabhängig davon, welche der beiden Sprachen als erste oder als zweite zu bezeichnen sind, werden die Sprachmischungen in allen Varianten immer häufiger.

Im Vorschulalter ist diese kindliche Zweisprachigkeit keine Belastung. Die Kinder wissen, wann und mit wem sie in einer oder in der anderen Sprache kommunizieren sollen.

Auch wenn diese Kinder häufig aus verschiedenen Gründen von einer in die andere Sprache wechseln (Codeswitching), erleben sie diesen Sprachwechsel als natürlich und selbstverständlich.

“In den Köpfen der Lernenden kommunizieren die Sprachen miteinander – und zwar nicht unbedingt in der Metasprache der Linguistik oder der grammatischen Expertensprache, sondern in der Sprache, welche die Lernenden sich dafür selbst konstruieren. Die Frage ist nun, was der Unterricht mit individuellen “Metasprachen” macht.“

Eike Thürmann

Umgang mit Sprache(n)

- (Zweit-) Sprachenlernen systematisch ins Curriculum einbauen
- Deutsch als Zweitsprache als Unterrichtsprinzip im Regelunterricht verankern
- Einbau von Förderprogrammen
- Herkunftssprachen berücksichtigen
- Spezifika der schulischen Bildungssprache berücksichtigen

² Ingrid Gogolin

5 Podiumsdiskussion

Nachdem in Arbeitsgruppen die Inhalte der Impulsreferate vertieft diskutiert wurden, folgte eine abschließende Podiumsdiskussion. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren nachfolgende Mitglieder des Migrationsbeirates, die sich auf die fünf Arbeitsgruppen aufgeteilt hatten:

Handlungsfeld 1: Sprachförderung – Herr **Ayhan Demir**,

Liste: BIRLESİK CAGRI/Vereinigter Aufruf, Kaufmann

Handlungsfeld 2: Kultureller Austausch – Herr **Hüseyin Üzgün**,

Liste: BIRLESİK CAGRI/Vereinigter Aufruf, Arbeiter

Handlungsfeld 3: Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement –

Herr **Alfonso Gambuzza**, Liste: ITALIA 2000, Diplom-Ingenieur

Handlungsfeld 4: Wohnen – Frau **Ugur Akgül**,

Liste: BIRLESİK CAGRI/Vereinigter Aufruf, Justizangestellte

Handlungsfeld 5: Schulische und berufliche Bildung – Herr **Cem Özel**,

Liste: Neupaderborner, Student

Die Podiumsdiskussion wurde unter folgenden Fragestellungen von Hans Wiert-Wehkamp moderiert:

- Was waren die Besonderheiten oder zentralen Punkte der Diskussion?
- Was bedeuten die Überlegungen in der Arbeitsgruppe für die Arbeit des Migrationsbeirates?
- Wie bewerten Sie die Überlegungen als Paderborner Bürger mit Migrationshintergrund?
- Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Diskussion für die weitere Arbeit in den Handlungsfeldern im Rahmen des KOMM-IN Prozesses ziehen?

Da kein Tonmitschnitt erfolgte, kann die sehr interessante Diskussion leider nicht im Detail wiedergegeben werden.

Entscheidend waren aber einige zentrale Botschaften und Stimmungen, wie z. B. die Aussage von Frau Ugur Akgül, die in ihrem Eingangsstatement betonte, dass sie alle als Mitglieder des Migrationsbeirates stolz darauf seien, dass sie in dem historischen Saal des Paderborner Rathauses „angekommen sind“, dass sie eingeladen wurden, auf dem Podium zu sitzen und man ihnen hier jetzt zuhöre.

In den persönlichen Vorstellungen der Podiumsteilnehmerinnen und Teilnehmer wurde nicht nur die eigene berufliche Position verdeutlicht, sondern es flossen die unterschiedlichsten Erfahrungen und Überlegungen in Bezug auf die eigene Familie, die Kindererziehung oder den Umgang mit den Enkelkindern (Hüseyin Üzgün) genauso ein, wie unterschiedlichste Fragen des Alltagslebens und der Freizeitgestaltung. Paderborner Bürgerinnen und Bürger mit ausländischen Wurzeln vermittelten einen Eindruck über ihre Vorstellungen, Sorgen und Hoffnungen.

Herr Ayhan Demir betont die Bedeutung des Spracherwerbs, indem er die Diskussion im Handlungsfeld 1 so zusammenfasst: „Sprechen, Sprechen, Sprechen ...“.

Herr Cem Özel macht auf den Konflikt aufmerksam, der bei vielen Eltern vorhanden sei, die für ihre Kinder eine gute Ausbildung anstreben. Häufig seien die Eltern unsicher, ob sie mit ihren eigenen Kindern deutsch (fehlerhaft) sprechen oder besser die Muttersprache benutzen sollen. Er betont das Engagement vieler Eltern mit Migrationshintergrund für Fragen der Bildung und eine qualifizierte Berufsausbildung.

Deutlich aufgezeigt wird die Suche nach „dem richtigen Weg“ in der Erziehung und bei der Förderung der eigenen Kinder (Alfonso Gambuzza) und in dem Wunsch, durch das eigene Engagement im Migrationsbeirat und in den Vereinen (Migrantenselbstorganisationen) etwas für die eigenen Landsleute und für die Zuwanderinnen und Zuwanderer insgesamt zu tun.

Frau Ugur Akgül wies darauf hin, dass man sich auch dort für die Interessen einsetzen könne, wo man gerade selbst betroffen sei, wie z. B. im Kindergarten oder in der Schule.

Zusammenfassung: Viele - insbesondere der hauptamtlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Abschlusspodium - hatten eine stärkere Berichterstattung bezüglich der Arbeitsergebnisse erwartet. Gerade die Kernbotschaften der Podiumsdiskussion machten aber deutlich, dass es um viele kleine Schritte geht, die von möglichst vielen Migranten und Einheimischen gegangen werden oder noch gegangen werden müssen, damit Integration in den unterschiedlichsten Feldern gelingen kann.

Ergänzend zur Podiumsdiskussionen liefern noch einzelne Rückmeldungen von Referenten und einer Referentin Einblicke in die Gruppenarbeit:

Juri Rescheto (Thema Medien): „Ich fand das Gespräch in der Arbeitsgruppe sehr hilfreich für alle Beteiligten. Damit meine ich vor allem zwei Seiten: Die Macher (ich vom Fernsehen) und viel mehr die Kollegin von der Lokalzeitung (sorry, der Name fällt mir nicht mehr ein) und die Laien. Dabei war die Teilnahme der Printkollegin von großer Wichtigkeit, weil sie viele konkrete Fragen der Teilnehmer schnell und ausführlich beantworten konnte.“

Ich als Moderator dieser Runde versuchte das Gespräch so weit es ging in die möglichst praktische Richtung zu lenken: Was konkret wird erwünscht? Welche Erwartungen? welche Forderungen? Zielpublikum? Erscheinungsform? Warum reichen die vorhandenen Medien nicht aus? Was soll anders/besser laufen bei der geplanten Zeitung usw.

Mein Eindruck: neben den konkreten Fragen der Gestaltung und der Inhalte kam sehr viel Medienkritik. Das gab dann wiederum mir als Macher einige Impulse. Mir schien es, als hätten die Teilnehmer neben praktischen Tipps auch einige grundsätzliche Anregungen mit auf den Weg genommen. Und das finde ich sehr gut.“

Gudrun Kirchhoff (Wohnen): „Es war eine kleine Gruppe (10 Teilnehmer), in der es eine sehr anregende Diskussion gab. Am Anfang dominierte der Wunsch nach Steuern (besonders bei den Vertretern mit Migrationshintergrund). Entmischung war ein zentrales Schlagwort. Nach und nach trat aber ein konstruktiver Umgang mit den vorhandenen Potentialen und Begrenzungen stärker in den Mittelpunkt der Diskussion:

Treffpunkte schaffen, Multiplikatoren stärken, MSO einbinden, Lotsen finden und ermuntern (Lotsen sind ein zentrales Thema der Zukunft).

Für mich entstand das Bild: Paderborn ist eher wertkonservativ und die MSO sind es ebenfalls – von daher decken sich die Interessenslagen sehr gut.“

Cemalettin Özer (PatInnennetzwerke): „Mir fehlte insgesamt die Diskussion nach den Impulsreferaten im Plenum. In meiner Arbeitsgruppe waren die Einheimischen sehr verhalten – das Thema Ehrenamt sollte viel offensiver angegangen werden. Es gibt zum Beispiel Checklisten darüber, welche MSO gezielt einbezogen werden können. Hier gibt es bei entsprechender professioneller Unterstützung viele Potentiale, die gewonnen werden können. Insgesamt fehlten mir die Stellungnahmen der Einheimischen auch im Plenum.“

6 ANHANG

6.1 Fotos









6.2 Presseartikel



Auftakt des 1. Paderborner Integrations-Kongresses mit (v.l.) Regina Hackert (VHS), Engin Sakal (Migrationsbeirat), NRW-Generations-Minister Achim Laschet, Mar-

cus Heidebracht (Integrationsbüro Paderborn), Dezer-
nent Wolfgang Walter und Bürgermeister Heinz Paus.
Foto: Wolfram Brucks

Paus: »Zuwanderung ist eine Chance für die Stadt«

Paderborner Integrationskongress mit Minister Laschet

Paderborn (ast/mar). Im Paderborner Rathaus fand gestern der 1. Paderborner Integrationskongress »Integration aktiv gestalten - Herausforderung und Chance für Paderborn« statt. Zu der Veranstaltung hatten das Integrationsbüro, der Migrationsbeirat sowie die Volkshochschule der Stadt Paderborn geladen, um in einem Diskussionsforum erfolgreiche Integrationsbeispiele auszutauschen.

Bürgermeister Heinz Paus sprach in seiner Begrüßungsrede positive wie auch negative Beispiele der Integration in Paderborn an. So nannte er den Turniersieg der Fußballmannschaft des Theodorianums, an dem auch zwei deutsch-türkische Spieler teilnahmen, als einen Erfolg der Integration in der eigenen Stadt. Auf der

anderen Seite machte er jedoch auch auf Missstände aufmerksam und wies dabei neben mangelnden Sprachkenntnissen bei jungen Migranten auch auf eine mögliche »Ghettobildung« hin. Er sieht Zuwanderung als Chance.

Mit Armin Laschet, dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, eröffnete dann hoher Besuch aus Düsseldorf die Veranstaltung und betonte, dass gerade Paderborn seit vergangenem Jahr erfolgreich am Integrationsprojekt »KOMM-IN« teilnimmt. Dass

Integration kein Nischenthema mehr sei, begründete er mit dem seiner Meinung nach immer wichtiger werdenden Platz der Immigranten in der Gesellschaft: »Gut, dass wir Zuwanderer haben. Irgendjemand muss in zehn, zwanzig Jahren doch noch arbeiten«, so Laschet. Inte-

gration gelinge demnach nicht mehr nur durch Arbeit sondern auch durch Bildung. Dabei fordert er gleiche Voraussetzungen für alle: »Wenn es uns gelingt, die Chancengleichheit zu stärken, dann kann Integration zum Erfolg werden«, so Laschet.

Bevor zu den Referaten der Expertenrunde übergeleitet wurde, fand Engin Sakal, Vorsitzender des Migrationsbeirates der Stadt Paderborn, abschließende Worte. Dabei lobte er nochmals den bereits vorhandenen

»fruchtbaren Boden in Paderborn« was Integration betreffe, und bedankte sich für das Mitsprache-

recht des Beirates. Dieser könne nicht alleine erfolgreich sein. Lösungsansätze müssten letztendlich immer noch von Stadt und Behörden umgesetzt werden. Um diesem Ziel stetig näher zu kommen, wird die Veranstaltung, so Paus, auch im nächsten Jahr weitergeführt.

Migrantenbeirat ebnet den Weg



Für Integration: Minister Armin Laschet (3. v. l.) unterstützte die Kongress-Gastgeber Regina Hackert, Engin Sakal, Marcus Heidebrecht, Wolfgang Walter und Bürgermeister Heinz Paus (v.l.). FOTO: REINHARD ROHLF

Herausforderung Integration

NRW-Minister Armin Laschet eröffnete Kongress in Paderborn

■ **Paderborn (JS).** Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet hatte gestern einen turbulenten Tag. Jede Menge politische Termine und dann auch noch am Abend die Aufstiegsfeier „seiner“ Alemannia Aachen. Dennoch ließ es sich der studierte Jurist nicht nehmen, am frühen Nachmittag im historischen Rathaus den „1. Paderborner Integrationskongress“ zu eröffnen, der im Rahmen des NRW-Projekts KOMM IN veranstaltet wurde. Und das mit markigen Worten.

„Es ist gut, dass wir Zuwanderung haben“, sagte der CDU-Politiker den gut 200 Zuhörern, die der Einladung der drei Veranstalter Integrationsbüro und Migrationsbeirat der Stadt Paderborn sowie Volkshochschule gefolgt waren. Mehr als drei Jahrzehnte habe man versäumt, Integrationsarbeit zu leisten, stellte Laschet fest. Nun, da in der immer älter werdenden Gesellschaft Zuwanderer dringend vonnöten

seien, „müssen wir ihnen klar machen, dass wir froh sind, dass sie da sind.“

Des Ministers Angabe, dass gut 25 Prozent der NRW-Bürger Menschen „mit Zuwanderungsgeschichte“ sind – das Wortumgetüm „Migrationshintergrund“ wollte Laschet als ehemaliger Journalist ausdrücklich vermeiden –, gilt auch für Paderborn, so die Ausführungen von Bürgermeister Heinz Paus. Zwar vermeldete er viele Projekte, wie das Internationale Spielfest, oder das Fest der Begegnung, und emsige Kreise ausländischer Mitbürger wie den Ausiedlerverein „Monolith“, die dafür sorgen, „dass Integration keine Einbahnstraße ist“. Dennoch meinte Paus vor allem mit Blick auf junge Migranten: „Es gibt viel zu tun.“

„Für uns ist es wichtig, uns aktiv einzubringen“, sprach sich auch Engin Sakal, Vorsitzender des Paderborner Migrationsrats, für ein fruchtbares Mitein-

ander aus. Obschon er betonte, dass die Integrationsarbeit in Paderborn auf „fruchtbarem Boden“ geschehe, brachte Sakal sogleich das wichtigste Anliegen wohl vor allem den Minister-Ohren zu Gehör: „Was wir in der Gesellschaft vermissen, ist die Chancengleichheit.“ Und bat den hohen Gast darum, die Migrantenvertreter allgemein rechtlich mehr zu stärken, damit es in anderen Städten ebenso gut laufe wie in Paderborn.

So gut auf das Thema Integration eingestimmt verfolgten die Kongressteilnehmer fünf Impulsreferate zu den unterschiedlichen Handlungsfeldern des Projektes KOMM IN, diskutierten in diversen Foren und loteten abschließen weitere Perspektiven aus. Nur eine Etappe in Sachen Paderborner Integrationsarbeit. Denn nun soll mindestens ein Mal pro Jahr eine solche Veranstaltung stattfinden, versprach Bürgermeister Paus.

> OWL